



# Österreichisches Stabilitätsprogramm

für die Jahre 2006 bis 2010

**Bundesministerium für Finanzen**

**Wien, März 2007**

## Inhalt

1.	Einleitung und Zusammenfassung	4
2.	Österreichs Wirtschaftsentwicklung	5
2.1.	Wirtschaftliche Entwicklung bis 2006	5
2.2.	Wirtschaftliche Entwicklung 2007 bis 2010	9
3.	Wirtschaftspolitik bis zum Jahr 2010	12
3.1.	Wirtschaftspolitische Strategie, Budgetpolitik und mittelfristiges Ziel für den Budgetsaldo	12
3.2.	Die öffentlichen Haushalte 2007 bis 2010	12
3.3.	Entwicklung der gesamtstaatlichen Schuldenquote	17
3.4.	Konjunkturelle Entwicklung und Budgetsaldo 2006 bis 2010	18
4.	Sensitivitätsanalyse und Vergleich mit der letzten Fortschreibung	19
4.1.	Abweichungen gegenüber der letzten Fortschreibung	19
4.2.	Sensitivität des Basisszenarios bezüglich exogener Schocks	20
5.	Qualität der öffentlichen Finanzen	22
5.1.	Gesundheitsreform 2005 bis 2010	22
5.2.	Better Regulation	22
5.3.	Entwicklung der Struktur der öffentlichen Ausgaben	24
5.4.	Privatisierung öffentlicher Beteiligungen	24
6.	Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen	26
7.	Institutionelle Faktoren und Stellung des Stabilitätsprogramms im Budgetprozess	28
7.1.	Mittelfristige Haushaltsplanung	28

# 1. Einleitung und Zusammenfassung

Die EU-Verordnung 1466/97 i.d.F.v. Verordnung 1055/2005 besagt, dass jeder Mitgliedstaat jährlich ein Stabilitätsprogramm (Teilnehmer an der Währungsunion) oder ein Konvergenzprogramm (Nicht-Teilnehmer) vorzulegen hat. Österreich legt hiermit sein Stabilitätsprogramm für die Jahre 2006 bis 2010 vor. Die Struktur des Programms entspricht den Vereinbarungen des ECOFIN-Rates vom 11. Oktober 2005 (Code of Conduct).

Die Bundesregierung verfolgt eine nachhaltige Budget- und Finanzpolitik, die auf konjunkturelle Schwächen in geeigneter Weise reagiert und über einen Konjunkturzyklus hinweg ausgeglichen bilanziert. Die Bundesregierung achtet auf die gemeinsame Budgetverantwortung aller Gebietskörperschaften im Sinne des innerösterreichischen Stabilitätspaktes. Die Zielsetzung des über den Konjunkturzyklus ausgeglichenen Haushalts verlangt Disziplin nicht nur auf der Ausgabenseite, sondern auch beim Aufkommen an Steuern und Abgaben. Spielräume für steuerliche Entlastungen müssen erarbeitet werden. Konkret dürfen Steuersenkungen nicht zu Lasten wichtiger Zukunftsinvestitionen gehen, die Impulse für Wachstum und Beschäftigung, den Standort Österreich, die soziale Sicherheit und andere wichtige öffentliche Aufgaben geben.

**Die Bundesregierung verfolgt in ihrer Budgetpolitik eine 3 Säulen Strategie:**

- **Erzielen eines ausgeglichenen Haushalts über den Konjunkturzyklus**
- **Forcieren von Investitionen in den Bereichen F&E, Infrastruktur, Bildung und Universitäten sowie Soziales für mehr Wachstum und Beschäftigung**
- **Fortsetzen der Strukturreformen im Bereich der öffentlichen Verwaltung, der Wettbewerbspolitik und des Arbeitsmarktes, um die dadurch erzielten Einsparungen in Form einer zukünftigen Steuerreform an die ÖsterreicherInnen weiterzugeben**

Mit Ausnahme der im Regierungsprogramm vereinbarten zusätzlichen Ausgaben unterliegen sämtliche darüber hinausgehenden budgetrelevanten Projekte und Vorhaben der Bundesregierung einem Finanzierungsvorbehalt. Die vorliegenden Zahlen für die öffentlichen Haushalte basieren auf den vereinbarten Maßnahmen, insbesondere in den Bundesbudgets 2007 und 2008, sowie auf einer Wachstumsprognose bis zum Jahr 2010, welche sich an der Einschätzung des mittelfristigen Wachstums durch das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) orientiert.

Dieses Programm kann auf der Homepage des Bundesministeriums für Finanzen abgerufen werden: <http://www.bmf.gv.at>

## 2. Österreichs Wirtschaftsentwicklung

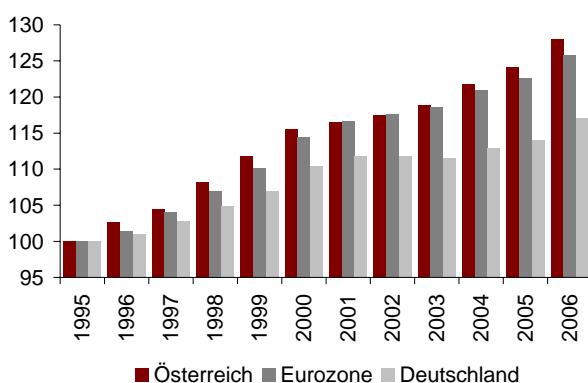
### 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung bis 2006

Im Jahr 2006 verzeichnete die österreichische Volkswirtschaft das stärkste Wachstum seit dem Jahr 2000. Das reale BIP nahm gegenüber dem Vorjahr um 3,1% zu, nominell betrug die Steigerung 4,6%. Damit wächst Österreich, wie auch schon in den vergangenen Jahren weiterhin schneller als der Durchschnitt der Eurozone. Wichtige Impulse gingen von der Sachgütererzeugung aus, die gegenüber 2005 um real 6,8% zulegte und nach vorläufigen Berechnungen einen Wachstumsbeitrag von 1,2% des BIP lieferte. Den zweiten Wachstumsmotor bildete der Bereich Realitätenwesen, Vermietung beweglicher Sachen und unternehmensbezogene Dienstleistungen. Nachfrageseitig wurde das Wachstum von einer regen Investitionsnachfrage sowohl nach Ausrüstungs- als auch Bauinvestitionen gestützt.

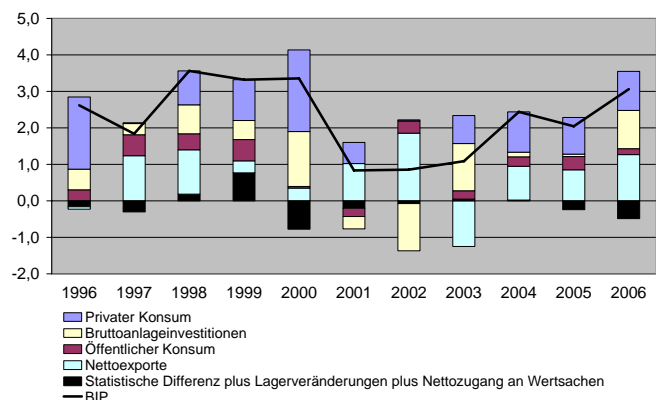
Abbildung 1 zeigt, dass Österreich seit seinem Beitritt zur EU ein deutlich stärkeres Wachstum aufweist als der mit Abstand wichtigste Handelspartner Deutschland. Ab 2003 konnte sich Österreich auch gegenüber dem Durchschnitt der Eurozone absetzen und in den vergangenen drei Jahren (ab 2004) eine im Durchschnitt um 0,5 Prozentpunkte höhere Wachstumsrate ausweisen als der Durchschnitt der Länder, die den Euro als gemeinsame Währung verwenden.

Wie in Abbildung 2 ersichtlich, lieferten ab 2004 der Konsum der privaten Haushalte und die Nettoexporte die wesentlichen Wachstumsbeiträge. Der Beitrag der Bruttoanlageinvestitionen sticht 2003 (Einführung einer zeitlich befristeten Investitionszuwachsprämie) und 2006 hervor.

**Abbildung 1: Wachstum Österreich, Deutschland und Eurozone seit 1995**  
Entwicklung des realen BIP, 1995=100



**Abbildung 2: Zusammensetzung des Wachstums seit 1996**  
verwendungsseitige BIP-Komponenten, Wachstumsbeiträge in %



Quelle: Statistik Austria, BMF, Europäische Kommission

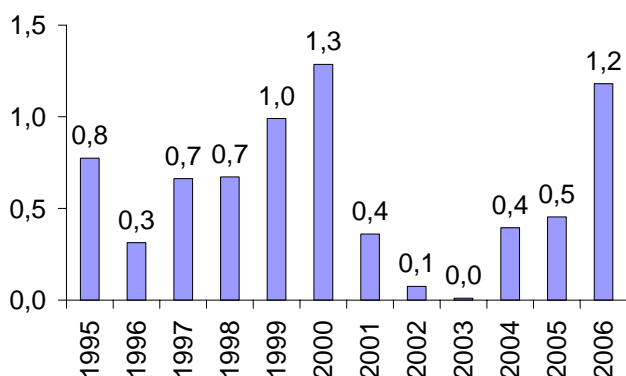
Quelle: Statistik Austria, BMF

Seit dem Jahr 2006 steht das Wachstum wieder auf breiter Basis mit etwa gleich großen Beiträgen durch den privaten Konsum, die Investitionen sowie die Nettoexporte und bildet eine gute Ausgangsbasis für ein weiter sich selbst tragendes und robustes Wachstum. Mit einer Zunahme von real mehr als 8,5% lieferten die Warenexporte wie auch schon im Jahr 2004 einen

wichtigen Wachstumsimpuls. Da sich parallel dazu die Importe deutlich moderater entwickelten, lieferten die Nettoexporte im Jahr 2006 einen Wachstumsbeitrag von 1,0% des BIP (Seit 2001 betrug der durchschnittliche Wachstumsbeitrag der Nettoexporte 0,8% des BIP). Die Wachstumsmaschine des österreichischen Exports läuft daher weiter auf vollen Touren, was auch an den Wachstumsbeiträgen der Sachgütererzeugung (Abbildung 3) und der steigenden Offenheit der österreichischen Volkswirtschaft (Abbildung 4) deutlich zu erkennen ist.

**Abbildung 3: Wachstumsbeiträge der Sachgütererzeugung seit 1995**

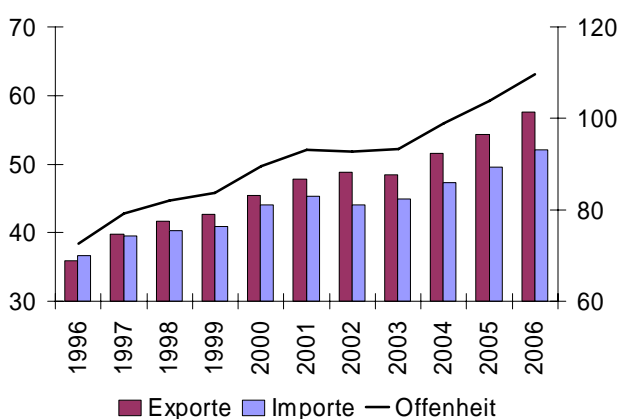
(vorläufiger Wert für 2006 laut WIFO Dezember Prognose)  
in % des BIP



Quelle: Statistik Austria, WIFO

**Abbildung 4: Offenheit**

Rechte Skala: Offenheit der österreichischen Volkswirtschaft (Exporte und Importe in % des BIP)  
Linke Skala: Exporte und Importe in % des BIP

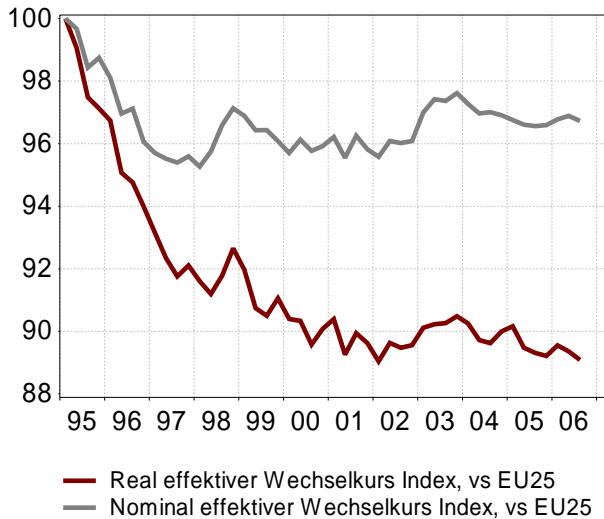


Quelle: Statistik Austria, WIFO

Die Tatsache, dass Österreich schneller als der Durchschnitt der Mitglieder der Eurozone wachsen konnte, ist auch auf eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit zurückzuführen (siehe Abbildung 5). Seit dem Beitritt zur Europäischen Union im Jahr 1995 hat Österreich real effektiv um über 10% gegenüber den anderen Mitgliedsstaaten abgewertet. Mit der Einführung des Euro hat sich der real effektive Wechselkurs dann stabilisiert, und erst seit 2003 ist wieder eine leichte Abwertung zu beobachten. Insbesondere in den letzten Jahren konnte Österreich wie kein anderes EU-Mitglied seine preisliche Wettbewerbsfähigkeit gegenüber der deutschen Volkswirtschaft, die ebenfalls eine deutliche real effektive Abwertung vollzog, aufrechterhalten und somit günstige Voraussetzungen für eine hervorragende Exportperformance schaffen. Der Leistungsbilanzsaldo drehte sich von einem durchschnittlichen Defizit von etwa 1% des BIP vor 1995 auf einen soliden Überschuss von etwa 1,3% (2005). Österreich ist somit zu den Gewinnern der europäischen Erweiterung und der Globalisierung zu zählen.

**Abbildung 5: Effektive Wechselkurse**

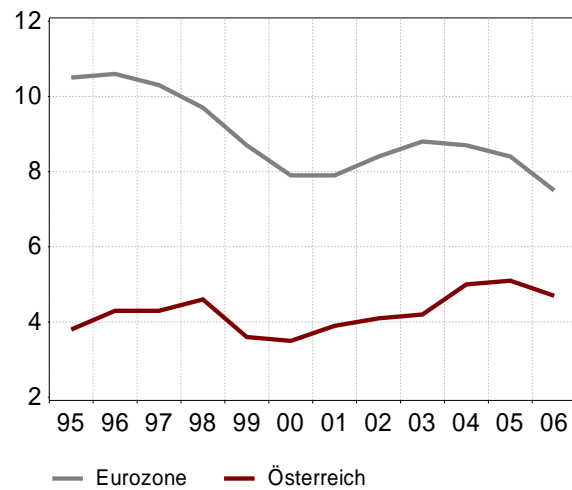
nominell und real, 1995 bis 2006  
(1. Quartal 1995 = 100)



Quelle: Ecowin

**Abbildung 6: Arbeitslosenrate**

Österreich und Eurozone 1995–2006, Monatswerte,  
EUROSTAT/ILO-Definition in %



Quelle: Ecowin; in Österreich ab 2004 Erhebungsumstellung, daher nicht direkt mit Vorjahren vergleichbar

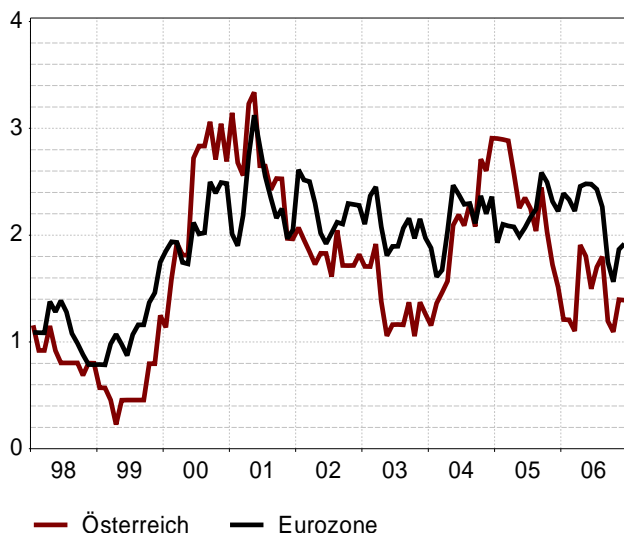
Auch auf den Arbeitsmarkt wirkt sich das starke Wirtschaftswachstum positiv aus. Die Zahl der unselbständig Beschäftigten steigt weiter an. Im Februar 2007 waren 3.265.283 unselbständig Beschäftigte gemeldet, was einer Zunahme von 2,44% gegenüber dem Februar des Vorjahres (das Plus in absoluten Zahlen betrug +77.723) entspricht. Nach der von EUROSTAT verwendeten ILO-Klassifikation betrug die saisonbereinigte Arbeitslosenquote 2006 4,8% (Abbildung 6). Österreich lag damit an vierter Stelle in der Eurozone (hinter den Niederlanden, Irland und Luxemburg) und an fünfter Stelle in der EU. Im Jahresschnitt 2006 waren in Österreich 239.174 Personen beim Arbeitsmarktservice (AMS) arbeitslos gemeldet, das sind 13.480 Personen weniger als im Durchschnitt des Jahres 2005. Selbst wenn man die Zunahme der Schulungsteilnehmer berücksichtigt, sinkt die Arbeitslosigkeit seit März 2006. Von der positiven Dynamik am Arbeitsmarkt profitieren derzeit Männer stärker als Frauen, was in das Gesamtbild eines robusten Konjunkturaufschwungs passt, der verstärkt zur Schaffung von Vollzeit Arbeitsplätzen in von Männern dominierten Branchen führt. Dabei ist besonders die Baubranche zu nennen, die aufgrund der milden Witterung in den vergangenen Monaten die Umsetzung von Bauvorhaben vorziehen konnte. Aber auch auf die Jugendarbeitslosigkeit hatte die überaus günstige Arbeitsmarktsituation positive Auswirkungen. So waren im Jahr 2006 durchschnittlich 8.980 Jugendliche bis 19 Jahre arbeitslos gemeldet, was einer Reduktion von 942 Personen gegenüber dem Jahresdurchschnitt von 2005 entspricht.

In den letzten 18 Monaten erwies sich Österreich auch als überdurchschnittlich preisstabile Volkswirtschaft. Seit dem 2. Quartal 2005 liegt die Entwicklung des HVPI durchgehend unter jener der Eurozone. Die hohe Preisstabilität wirkt sich einerseits positiv auf die Kaufkraft der privaten Haushalte aus, andererseits liefert sie einen wichtigen Beitrag zur preislichen

Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Betriebe. Seit dem Jahr 1996 lag der Anstieg des HVPI in Österreich um insgesamt mehr als 5 Prozentpunkte unter jenem der Eurozone (Abbildung 7).

**Abbildung 7: Verbraucherpreise**

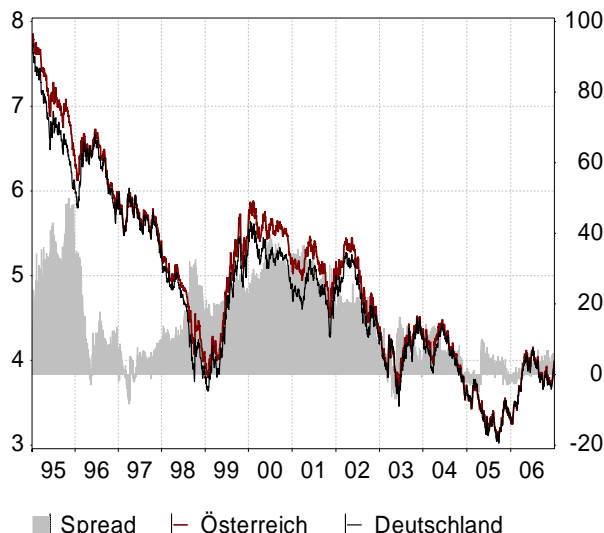
Österreich und Eurozone 1998–2006, Monatswerte,  
Veränderung gegenüber Vorjahreswert in %



Quelle: Ecowin

**Abbildung 8: Langfristige Zinsen**

in % in Österreich und Deutschland ab 1995  
und Spread in Basispunkten (rechte Skala)



Quelle: Ecowin

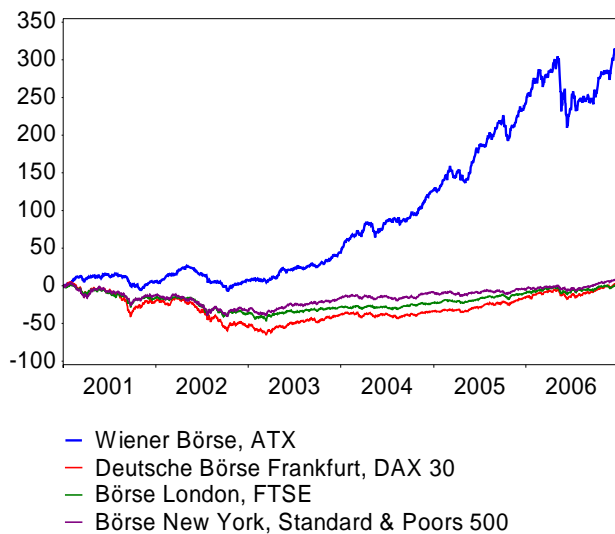
Das langfristige Zinsniveau ist weiterhin moderat. Die durchschnittliche Rendite der 10-jährigen Bundesanleihen war im September 2005 auf den historischen Tiefstand von 3,0% gefallen. In den letzten 6 Monaten schwankte die Rendite zwischen Werten von 3,7% und 4,1%. Die EK ging in ihrer Herbstprognose zuletzt von einem Wert von 4,0% für den deutschen Benchmark (deutsche Bundesanleihe mit Laufzeit 10 Jahre) für das Jahr 2007 aus, der dann im Jahr 2008 leicht auf 4,2% ansteigen soll. Der Spread zu den deutschen Bundesanleihen war im ersten Quartal 2006 vorwiegend negativ und bewegte sich bis zu Jahresende in einer Bandbreite von +1 und +7 Basispunkten (Abbildung 8).

Die Wiener Börse entwickelt sich in den letzten Jahren überdurchschnittlich gut (Abbildungen 9 und 10). Die Notierung von Headquarters, welche auf Geschäfte in den neuen EU-Mitgliedstaaten, in den Nachfolgestaaten der GUS und dem Balkan spezialisiert sind, verbesserte steuerliche Rahmenbedingungen, insbesondere die deutliche Senkung des Körperschaftssteuersatzes von 34% auf 25%, die gute Entwicklung der Gewinne österreichischer Unternehmen, die staatlich geförderte Pensionsvorsorge und Maßnahmen zur Förderung des Finanzplatzes haben hiezu beigetragen.



**Abbildung 9: Finanzmarktpformance**

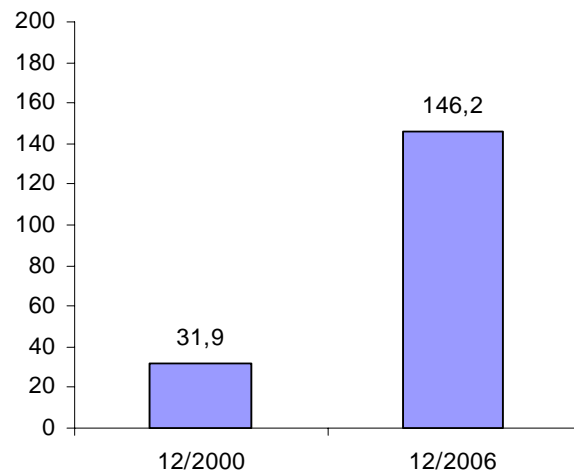
Veränderung wichtiger Aktienindices seit 2001 in %



Quelle: Ecwin

**Abbildung 10: Marktkapitalisierung**

in Mrd. €



Quelle: Wiener Börse

## 2.2. Wirtschaftliche Entwicklung 2007 bis 2010

In den ersten Monaten des Jahres 2007 setzte sich die starke wirtschaftliche Dynamik des Jahres 2006 fort. In der aktuellen Einschätzung des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung wird auch das Jahr 2007 von einer regen Investitionsaktivität geprägt. Die Ausrüstungsinvestitionen könnten gegenüber 2006 sogar noch einmal an Dynamik gewinnen, während für die Bauinvestitionen eine gewisse Konsolidierung des Wachstums erwartet wird. Für die Periode 2007 bis 2011 rechnet das WIFO mit einem durchschnittlichen BIP-Wachstum von 2,5% und einer jährlichen Beschäftigungssteigerung von 1%. Das WIFO sieht in einer Verbesserung der wirtschaftlichen Lage beim weiterhin wichtigsten Handelspartner Deutschland, der guten Positionierung Österreichs bei den rasch wachsenden Volkswirtschaften Ost- und Südosteuropas, der starken Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit, der Anhebung der F&E-Quote und dem kräftigen Wachstum des Arbeitsgebots die Gründe für die gegenüber der Periode 2000/2006 (1,7% p.a.; 1995/2000: 2,9% p.a.) höhere BIP-Wachstumsrate. Da die Arbeitslosenrate wegen des Anstiegs des Arbeitsangebots nur langsam zurückgehen dürfte, rechnet das WIFO mit moderaten Lohnsteigerungen und einer Inflationsrate von 1¾% pro Jahr.

Das Basisszenario im Stabilitätsprogramm basiert auf den VGR – Daten der Statistik Austria bis 2006 und geht für die Prognose von den durchschnittlichen realen BIP - Wachstumsraten des WIFO aus.

Als sehr stabil kann die Entwicklung an der Preisfront bis 2010 eingeschätzt werden. Im Bereich der indirekten Steuern sind nach der Anhebung der Mengensteuern auf Benzin und Diesel keine weiteren Erhöhungen von Steuern oder Gebühren vorgesehen, die über eine sich an der Entwicklung des Verbraucherpreisindex orientierenden Valorisierung hinausgehen. Außerdem wird von einer weiteren leichten Verbesserung der preislichen

Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Exporteure gegenüber ihren europäischen Mitbewerbern ausgegangen.

Die Bundesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, die Arbeitslosenquote bis zum Jahr 2010 auf unter 4% zu senken und die Frauenbeschäftigungsquote auf 65% anzuheben. Hiezu ist eine Reihe von Maßnahmen geplant (siehe Kapitel 3.2).

**Tabelle 1a. Makroökonomische Entwicklung**

		2005	2005	2006	2007	2008	2009	2010
	ESVG95 Klassifikation	Niveau in Mrd. €	Veränderung gegenüber Vorjahr in %					
1. Reales BIP	B1*g	240,6	2,0	3,1	2,7	2,3	2,5	2,6
2. Nominelles BIP	B1*g	245,1	3,9	4,6	4,4	4,0	3,9	4,0
<b>Bestandteile des realen BIP</b>								
3. Privater Konsum	P.3	135,3	1,7	1,8	2,1	2,0	2,0	2,0
4. Öffentlicher Konsum	P.3	43,5	1,9	0,9	1,6	1,6	1,0	0,7
5. Bruttoanlageinvestitionen	P.51	49,3	0,3	4,7	4,9	3,4	3,0	2,9
6. Lagerveränderung und Nettowertzugang (in % des BIP)	P.52 + P.53	0,3	-0,2	-0,1	0,1	0,0	0,2	-0,2
7. Exporte Güter und Dienstleistungen	P.6	129,5	6,4	8,5	7,1	6,2	6,2	6,6
8. Importe Güter und Dienstleistungen	P.7	117,5	5,2	6,8	7,7	6,6	6,0	6,0
<b>Wachstumsbeiträge</b>								
9. Inländische Endnachfrage			1,4	1,9	2,5	2,2	1,8	2,1
10. Lagerveränderung und Nettowertzugang (in % des BIP)			-0,2	-0,1	0,1	0,0	0,2	-0,2
11. Außenbeitrag	B.11		0,9	1,3	0,1	0,1	0,4	0,7

Es ergeben sich Rundungsdifferenzen.

Quelle: Statistik Austria, WIFO, Bundesministerium für Finanzen

**Tabelle 1b. Preise und Deflatoren**

	2005	2006	2007	2008	2009	2010
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %					
1. BIP Deflator	1,9	1,3	1,7	1,7	1,2	1,3
2. Deflator Privater Konsum	1,7	1,5	1,6	1,7	1,6	1,8
3. HVPI	2,1	1,5	1,6	1,7	1,7	1,8
4. Deflator Öffentlicher Konsum	2,2	2,2	1,9	1,9	1,8	1,7
5. Deflator Investitionen	1,9	1,8	2,7	1,9	1,8	2,5
6. Deflator Exporte	2,7	2,4	1,1	0,7	2,8	2,7
7. Deflator Importe	3,4	3,3	1,1	0,7	3,9	3,7

Quelle: Statistik Austria, WIFO, Bundesministerium für Finanzen

**Tabelle 1c. Arbeitsmarkt**

	2005	2005	2006	2007	2008	2009	2010
	Niveau	Veränderung gegenüber Vorjahr in %					
1. Aktiv erwerbstätige Personen	3.500.403	1,3	1,6	1,3	0,7	0,7	0,7
2. Geleistete Arbeitsstunden (in Mio.)	6.885,3	0,8					
3. Arbeitslosenrate lt. Eurostat (%)	207.700	5,2	4,8	4,5	4,2	4,1	3,9
4. Arbeitsproduktivität pro aktiv Erwerbstätigem	68.745,7	0,8	1,5	1,4	1,6	1,8	1,9
5. Arbeitsproduktivität pro geleistete Arbeitsstunde	34,9	1,2					
6. Arbeitnehmerentgelt (in Mrd. Euro)	119,4	2,9	4,6	3,9	3,2	3,4	3,6

Quelle: Statistik Austria, WIFO, Bundesministerium für Finanzen

**Tabelle 1d. Sektorkonten**

<b>% des BIP</b>	<b>ESVG95 Klassifikation</b>	<b>2005</b>	<b>2006</b>	<b>2007</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>
1. Leistungsbilanz	B.9	1,3	1,9	1,8	1,9	1,9	1,9
<i>davon:</i>							
<i>1a. Handelsbilanz</i>							
<i>1b. Einkommen und Transfers</i>							
<i>1c. Kapitalbilanz</i>							
2. Nettoverschuldung des privaten Sektors	B.9/EDP B.9						
<i>davon:</i>							
<i>2a. Private Haushalte</i>							
<i>2b. Nettoverschuldung des privaten Sektors</i>							
3. Nettoverschuldung des Staates	B.9	-1,5	-1,1	-0,9	-0,7	-0,2	0,4
4. Statistische Differenz		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0

Quelle: WIFO, Bundesministerium für Finanzen

## 3. Wirtschaftspolitik bis zum Jahr 2010

### 3.1. Wirtschaftspolitische Strategie, Budgetpolitik und mittelfristiges Ziel für den Budgetsaldo

Gemäß der 3 Säulen-Strategie verfolgt die österreichischen Bundesregierung in ihrer Wirtschafts- und Budgetpolitik insbesondere folgende Zielsetzungen:

- Vollbeschäftigung (insbesondere Vermeidung jeder Art von Jugendarbeitslosigkeit)
- Modernisierung des Wirtschaftsstandorts durch technologische, ökonomische und soziale Innovation
- Unterstützung des Wirtschaftsstandorts und Stärkung seiner Wettbewerbsfähigkeit
- ein über den Konjunkturzyklus ausgeglichener Haushalt
- nachhaltige Finanzierung der sozialen Sicherheit
- Herstellung von Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern
- Effizienzsteigerung in der öffentlichen Verwaltung
- Stärkere Betonung der zukunftsorientierten Budgetausgaben

Im folgenden Kapitel werden konkrete Umsetzungsschritte dargestellt, insbesondere wie sie bei der Regierungsklausur am 2. und 3. März 2007 vereinbart wurden.

### 3.2. Die öffentlichen Haushalte 2007 bis 2010

Die Österreichische Bundesregierung setzt im Gleichklang mit der Lissabon-Strategie ihren Schwerpunkt auf mehr „Wachstum und Beschäftigung für Österreich“. Konkret identifiziert sie in dieser Legislaturperiode bis zum Jahr 2010 sieben Schwerpunktbereiche:

#### 1. *Österreich als bedeutender Forschungs-, Entwicklung- und Wissenschaftsstandort*

In den letzten Jahren sind die privaten und öffentlichen F&E-Ausgaben deutlich gestiegen, auf 6,24 Mrd. € (2,43% des BIP) im Jahr 2006, was deutlich über dem EU-Durchschnitt liegt und in etwa jenem der OECD-Durchschnitt entspricht. Bis 2010 werden zusätzliche öffentliche Mittel bis zu 800 Mio. € zur Verfügung gestellt, um bis 2010 eine F&E-Quote von 3% des BIP - bei einem Verhältnis 1/3 öffentlicher zu 2/3 privater Finanzierung - zu erreichen. Diese Mittel werden durch jene der Nationalstiftung sowie den bis 2010 jährlich zur Verfügung stehenden 295 Mio. € aus den Offensivmitteln und die weiter bestehende indirekte (steuerliche) Förderung ergänzt. Ziele sind der Strukturwandel in Richtung wissensintensiver Industrie- und Dienstleistungen, eine verstärkte internationale Ausrichtung und Vernetzung heimischer Forschung, der Ausbau von Exzellenz- und Headquarter-Strategien und mehr Frauen in Forschung und Innovation. Eine gute Forschungsinfrastruktur und Österreich als attraktiver Technologiestandort, auch durch Exzellenzcluster, sollen eine rasche Diffusion neuer Technologien in die Wirtschaft sicherstellen. Wichtig ist jedoch auch die Verbesserung von Effektivität und Effizienz des Mitteleinsatzes, vor allem im Wege verstärkter Portfolioanalyse, Bündelung und Prioritätenreihung bei den Schwerpunktprogrammen. Für ForscherInnen

werden zudem vorhandene Mobilitätsbeschränkungen abgebaut, und 1.000 neue Stellen für NachwuchsforscherInnen an den Universitäten geschaffen.

## *2. Nachhaltiges Wachstum: Klimaschutz, Energie und Umwelttechnik*

Zentrales Ziel ist die Sicherstellung leistbarer und umweltverträglich produzierter Energie für Haushalte und Unternehmen, vor allem durch bessere Versorgungssicherheit, heimische Produktion, mehr Diversifikation bei den Energiequellen (wobei Kernenergie weiterhin keine Option darstellt) und mehr europäischer Wettbewerb. Neben einer deutlichen Steigerung effizienter Nutzung und Produktion von Energie soll der Anteil erneuerbarer Energie, welcher bereits heute in Österreich mit 22% das EU-Ziel übersteigt, auf 45% erhöht werden. In jenen Bereichen der Energie- und Umwelttechnologie, wo Österreich bereits heute eine europäische und internationale Vorreiterrolle einnimmt, soll diese Position weiter ausgebaut werden. Dazu steht auch ein Klima- und Energiefonds mit bis zu 500 Mio. € zur Verfügung. Er soll die Entwicklung innovativer Energietechnologien und ihre erfolgreiche Marktdurchdringung erleichtern. Zur Erreichung des Kyoto-Zieles sind Mehrausgaben bei der Umweltförderung im Inland und dem JI/CDM-Programm vorgesehen (2007 um 10 Mio. € gegenüber 2006; 2008 um weitere 10 Mio. € gegenüber 2007).

## *3. Mehr Investitionen in die Infrastruktur*

Wichtiges Anliegen ist die fristgerechte Umsetzung der im 6jährigen Rahmenplan der ÖBB und der im Bauprogramm der ASFINAG aufgelisteten Projekte. Dafür werden in diesem Rahmen bis zum Jahr 2010 10,5 Mrd. € (davon 6 Mrd. € für die Schiene und 4,5 Mrd. € für die Straße) bereitgestellt. Ebenso werden wichtige Investitionen in den Hochwasserschutz und für die Schifffahrt getätigt. Dadurch können das künftige Verkehrsaufkommen besser bewältigt, Engpässe in der Infrastruktur vor allem in Richtung der MOEL-Nachbarstaaten abgebaut und der Standort Österreich als mitteleuropäische Wirtschaftsdrehscheibe gestärkt werden. Die Planungsprozesse bei Infrastrukturprojekten in Schiene, Straße und Energieleitungsnetzen sollen bundesweit vereinfacht und verkürzt werden.

## *4. Internationalisierung, Standortsicherung und Mittelstandsförderung*

Die kleine, offene Volkswirtschaft Österreich hat in den letzten Jahren stark von internationalem Handel und Integration profitiert und sich als bedeutender regionaler Mittelpunkt etabliert. Die österreichischen Direktinvestitionen sind in den letzten Jahren jährlich um durchschnittlich 20% auf heute 57,8 Mrd. € (knapp  $\frac{1}{4}$  des BIP) und jene der ausländischen Investitionen in Österreich auf 53 Mrd. € gewachsen. Im Jahr 2006 überstiegen die Exporte mit 106,8 Mrd. € erstmals die 100 Mrd. Marke (+12,7% gegenüber dem Vorjahr). Die Internationalisierungsoffensive „go international“ unterstützt die Exportwirtschaft erfolgreich seit 2003 und soll bis 2010 fortgeführt werden.

Für den österreichischen Standort spielen ein attraktives Steuersystem und gute Rahmenbedingungen für Industrie und den stark wachsenden Dienstleistungssektor, vor allem auch für die Leitbetriebe und die in Österreich angesiedelten internationalen Headquarters, eine Schlüsselrolle. Wettbewerbsbeschränkungen, etwa bei den freien Berufen, sollen weiter abgebaut und Regulierungen zur Förderung eines funktionierenden Wettbewerbs verbessert werden. Der wöchentliche Rahmen für Ladenöffnungszeiten wird unter Beibehaltung der geltenden Bestimmungen für die Sonntagsruhe ab 2008 merklich, auf 72 Stunden, ausgeweitet. Die österreichische Bundesregierung will zudem bis 2010 die Verwaltungskosten, die den

Unternehmen durch Informationsverpflichtungen entstehen um 25% reduzieren und weitere Straffungen bei Verwaltungsverfahren (u.a. „one-stop-shops“) umsetzen. Die Rahmenbedingungen für den österreichischen Kapitalmarkt sollen weiter verbessert werden, um vor allem auch die weitere erfolgreiche Expansion österreichischer Unternehmen in die MOEL-Länder bestmöglich zu unterstützen.

Im Jahr 2006 wurde das KMU-Förderungsgesetz mit einem jährlichen steuerlichen Entlastungsvolumen von 190 Mio. € verabschiedet: (i) die Einführung eines Freibetrags für Gewinne, die im Unternehmen investiert werden, (ii) ab 2007 die steuerliche Abzugsfähigkeit von Verlusten der unmittelbar vorangegangenen 3 Jahre bei Einnahmen-Ausgabenrechnern, (iii) die Anhebung der Kleinunternehmergrenze im Rahmen des Umsatzsteuergesetzes von 22.000 € auf 30.000 €. Daneben gibt es Förderinitiativen und Bürokratieabbau für KMUs.

### 5. Gute Arbeit

Die Österreichische Bundesregierung setzt sich als zentrales Ziel, bis zum Jahr 2010 Vollbeschäftigung zu erreichen und die Arbeitslosenquote um 25% auf unter 4% zu senken. Folgende Schwerpunkte werden dabei gesetzt:

- umfassende Arbeitszeitflexibilisierung, insbesondere durch Anhebung der täglichen und wöchentlichen Höchst- (12/60) und Normalarbeitszeiten (auf bis zu 10 Stunden) unter Berücksichtigung des „Flexicurity“-Konzepts
- Qualifizierungsoffensive vor allem für spezifische Gruppen (u.a. Jugendliche, Frauen, Ältere, MigrantInnen): in den nächsten Jahren stehen Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik in Höhe von 930 Mio. € zur Verfügung, wovon 2/3 für Qualifizierungsmaßnahmen verwendet werden
- Stärkung der dualen Ausbildung (u.a. durch Verlängerung des „Blum-Bonus“)
- bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch Ausbau und Flexibilisierung von Kinderbetreuungseinrichtungen, eine bessere Unterstützung beim beruflichen Wiedereinstieg und flexiblere Inanspruchnahme des Kinderbetreuungsgeldes (kürzere Bezugsdauer dafür höherer Betrag pro Monat)
- Maßnahmenplan zur Sicherstellung ausreichenden Fachkräftepotentials und gegen Fachkräftemangel
- mehr Gesundheitsschutz und Prävention am Arbeitsplatz.
- Forcierung des Kampfes gegen die Schwarzarbeit

### 6. Das Sozialsystem als Produktivkraft

Soziale Stabilität wirkt positiv auf das Wachstum, da dadurch Vertrauen in die Wirtschaft und die Institutionen erhöht, wirtschaftliche Unsicherheit reduziert und folglich Konsum bzw. Investitions- und Risikobereitschaft gestärkt werden. Um Armut und soziale Ausgrenzung zu begegnen, ist die Einführung bedarfsorientierter Mindestsicherungssysteme in der Pensions-, Arbeitslosenversicherung und der Sozialhilfe geplant. Maßnahmen betreffen auch die Pflegeversicherung, insbesondere um derzeitige Beschäftigung aus dem informellen Sektor in reguläre Arbeitsverhältnisse umzuwandeln sowie die bessere sozialrechtliche Absicherung

pflegender Angehöriger und die Qualifizierung behinderter Menschen. Die Mindestpensionen wurden bereits per 1. Jänner 2007 auf 726 € monatlich (14-mal im Jahr) erhöht. Diese Anhebung ist in den beiden Budgets mit je 118 Mio. € veranschlagt. Insgesamt stehen 2007 für die soziale Absicherung 185 Mio. € zusätzlich zur Verfügung; 2008 sind es 260 Mio. €.

### *7. Bessere (Aus-, Weiter-)Bildung*

Neben der Verbesserung der tertiären Ausbildung und eines attraktiveren Forschungs- und Wissenschaftsstandorts gilt es, Bildung auf allen Ebenen zu forcieren. Dazu werden in vier Bereichen Maßnahmen gesetzt:

- verbesserte Vorschulangebote vor allem für Kinder mit Migrationshintergrund
- Einleitung der Senkung der Klassenschülerhöchstzahl auf 25 SchülerInnen ab 2007/08 und verbesserte Tagesbetreuung in den Schulen
- Ausbildungsgarantie für bis 18jährige
- Entwicklung einer LLL-Strategie (lebensbegleitendes Lernen).

Für den Bereich Bildung werden 2007 zusätzlich 50 Mio. € und 2008 145 Mio. € eingesetzt. Die Universitäten erhalten 2007 um rund 172 Mio. € mehr als im Jahr 2006. Dieser Betrag wird 2008 nochmals um 25 Mio. € erhöht.

Die Schwerpunkte der Einsparungen beim Bund liegen bei einer restriktiven Personalpolitik und einer äußersten Zurückhaltung bei den gestaltbaren Ermessensausgaben. Der Personalstand soll kontinuierlich sinken, indem der natürliche Abgang nur sehr beschränkt nachbesetzt wird. Die Planstellen werden 2007 um 833 und 2008 um 631 Stellen gekürzt, beide Jahre zusammen also um 1.464 Planstellen. Eine allfällige Gehaltsanpassung für 2008 wurde wie auch in den vergangenen Jahren üblich nicht budgetiert. Weiters sollen die Ausgaben für Nebengebühren in der Dynamik eingebremst werden. Die geplante Ressourcenverknappung erfordert eine Verbesserung der Personalarbeitswirtschaftung des Bundes und die Unterstützung des Personaleinsatzes im Rahmen sich verändernder Aufgabenstellungen des Bundes. Die Bundesregierung beabsichtigt daher eine zentrale, koordinierende Einrichtung zu schaffen, die insbesondere Aufgaben der Personalvermittlung im gesamten Bundesbereich übernehmen wird. Weiters wird die Verwaltungsreform durch verschiedene zusätzliche Projekte in den einzelnen Ministerien (eGovernment) vorangetrieben.

Aus früheren Politikmaßnahmen ergeben sich eine Reihe von Ausgaben dämpfenden Effekten, von denen einige in der Programmperiode an Stärke gewinnen werden. Die Pensions- und Arbeitsmarktreformen sollen erhebliche Einsparungen auf der Ausgabenseite bringen. Ab 2007 fallen einige budgetären Effekte der Wachstums- und Standortpakete weg.

Anzumerken ist auch, dass die öffentlichen Ausgaben in den Jahren 2007-2009 Einmalmaßnahmen in Zusammenhang mit der Maastricht-Verbuchung von der Anschaffung von militärischen Fluggeräten beinhalten. Die Ausgaben liegen in diesen Jahren daher über dem Trend und sind bei der Berechnung des strukturellen Budgetsaldos zu berücksichtigen (siehe Tabelle 4).

In Summe ergeben sich bis zum Jahr 2010 strukturelle Einsparungen von etwa ½ % des BIP und Zinsensparnisse von etwa 0,3 % des BIP.

Zusätzlich wird die Budgetkonsolidierung durch die günstige Konjunktur unterstützt. Diese führt zu Mehreinnahmen vor allem bei den öffentlichen Abgaben und Steuern und zu einer Entlastung in der Arbeitslosenversicherung.

**Tabelle 2a. Budgetäre Entwicklungen 2006 bis 2010**

		2006	2006	2007	2008	2009	2010
	ESVG95 Klassifikation	Niveau in Mrd. €	in % des BIP				
	EDP B.9		Nettokreditaufnahme nach Subsektoren				
1. Öffentlicher Sektor insgesamt	S.13	-2,8	-1,1	-0,9	-0,7	-0,2	0,4
2. Bundessektor	S.1311	-3,8	-1,5	-1,3	-1,2	-0,7	-0,1
3. Länder (ohne Wien)	S.1312	0,6	0,2	0,2	0,3	0,3	0,3
4. Gemeinden (mit Wien)	S.1313	0,5	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
5. Sozialversicherungsträger	S.1314	-0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
<b>Öffentlicher Sektor insgesamt</b>							
6. Gesamteinnahmen		122,8	47,9	47,6	47,4	47,1	47,0
7. Gesamtausgaben		125,9	49,1	48,6	48,2	47,4	46,7
8. Budgetsaldo	EDP B.9	-2,8	-1,1	-0,9	-0,7	-0,2	0,4
9. Tatsächlich geleistete Zinsausgaben (incl. FISIM)	EDP D.41	7,6	3,0	2,9	2,8	2,8	2,7
pm: 9a. FISIM		0,4	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1
10. Primärsaldo		4,7	1,9	2,0	2,1	2,6	3,1
<b>Einnahmen</b>							
11. Steuern		69,7	27,2	27,1	27,0	27,0	26,9
11a. Produktions- und Importabgaben	D.2	36,4	14,2	14,1	13,9	13,8	13,7
11b. Einkommen- und Vermögensteuern	D.5	33,2	12,9	13,0	13,1	13,1	13,2
11c. Vermögenstransfers	D.91	0,1	0,1	0,1	0,1	0,0	0,0
12. Sozialbeiträge	D.61	40,6	15,8	15,7	15,6	15,6	15,5
13. Vermögenseinkommen	D.4	3,5	1,4	1,3	1,3	1,2	1,2
14. Sonstige		9,0	3,5	3,5	3,4	3,4	3,4
15. Gesamteinnahmen		122,8	47,9	47,6	47,4	47,1	47,0
<b>Ausgaben</b>							
16. Kollektivverbrauch	P.32	17,7	6,9	6,8	6,7	6,8	6,8
17. Sozialleistungen	D.62 + D.63	75,3	29,4	29,1	28,9	28,8	28,6
17a. Sachleistungen	P.31=D.63	28,2	11,0	10,9	10,9	10,9	10,9
17b. Monetäre Sozialleistungen	D.62	47,1	18,4	18,2	18,0	17,9	17,7
18. Tatsächlich geleistete Zinsausgaben (incl. FISIM)		7,6	3,0	2,9	2,8	2,8	2,7
19. Subventionen	D.3	7,5	2,9	2,9	2,9	2,9	2,9
20. Bruttoanlageinvestitionen	P.51	2,9	1,1	1,1	1,1	1,1	1,1
21. Sonstige		15,0	5,9	5,7	5,7	5,1	4,7
22. Gesamtausgaben		125,9	49,1	48,6	48,2	47,4	46,7

Es ergeben sich Rundungsdifferenzen.

Quelle: WIFO, Bundesministerium für Finanzen



**Tabelle 2b. Zusätzliche budgetäre Wirkungen gegenüber 2006**

in Mio. €, Veränderungen gegenüber 2006	2007	2008	2009	2010
<b>Bund</b>				
1. Offensivprogramm	517	822	1.112	1.342
<i>davon</i>				
<i>1a. F&amp;E</i>	50	100	250	400
<i>1b. Bildung</i>	50	145	180	200
<i>1c. Soziale Absicherung</i>	185	260	340	400
<i>1d. Infrastruktur</i>	60	120	120	120
<i>1e. Universitäten</i>	172	197	222	222
2. Militärisches Fluggerät <sup>1)</sup>	403	983	218	65
3. Steuerliche Maßnahmen	110	-50	-50	-50
<i>davon</i>				
<i>3a. KMU-Paket</i>	190	190	190	190
<i>3b. Erhöhung der MÖSt <sup>2)</sup></i>	-80	-240	-240	-240
4. Einsparungen	-813	-1.507	-1.667	-2.057
<i>davon</i>				
<i>4a. Verwaltungsreform (inkl. Reduzierung der Ermessensausgaben)</i>	-260	-380	-380	-400
<i>4b. Wegfall der Investitionszuwachsprämie</i>	-238	-238	-238	-238
<i>4c. Wegfall der Indexierung gestaltb. Ermessensausgaben</i>	-132	-264	-264	-264
<i>4d. Wirkungen der Pensionsreform</i>	-113	-225	-315	-405
<i>4e. Senkung der Arbeitslosigkeit</i>	-70	-400	-470	-750
<b>Bund insgesamt</b>	<b>217</b>	<b>248</b>	<b>-387</b>	<b>-700</b>
<b>Länder und Gemeinden</b>				
1. Einsparungen, Verwaltungsreform	-50	-150	-250	-350
<b>SV-Träger</b>	<b>-50</b>	<b>-170</b>	<b>-250</b>	<b>-310</b>
1. Einsparungen und Effizienzsteigerungen	-50	-50	-100	-160
2. Erhöhung der Beiträge	0	-120	-150	-150
<b>Maßnahmen insgesamt</b>	<b>117</b>	<b>-72</b>	<b>-887</b>	<b>-1360</b>
davon Einmalausgaben (militärisches Fluggerät)	403	983	218	65
Effekte auf das strukturelle Defizit	-286	-1.055	-1.105	-1.425
in % des BIP	-0,1	-0,4	-0,4	-0,5

Quelle: Bundesministerium für Finanzen

<sup>2)</sup> Laut Bundesvoranschlag-Entwürfe 2007/08; die am 21. März 2007 beschlossene weitere Anhebung der MÖSt ist budgetsaldenneutral.

### 3.3. Entwicklung der gesamtstaatlichen Schuldenquote

Mit 31. Dezember 2005 betrug die Verschuldung des Gesamtstaates 155,3 Mrd. € oder 63,4% des BIP. Dies entspricht exakt jener Quote, die für 2005 in der letzten Fortschreibung des Stabilitätsprogramms erwartet worden war. Der in Tabelle 3 dargestellte Pfad der Schuldenentwicklung stellt eine vorsichtige Einschätzung dar. Mögliche Privatisierungserlöse im Zeitraum bis 2010 wurden nicht berücksichtigt. Aufgrund des geringeren Defizits und des höheren nominellen BIP liegt die Schuldenquote im Jahr 2006 voraussichtlich bei 62,2% des BIP und damit um ca. einen Prozentpunkt unter dem Wert der Fortschreibung vom November

2005. Bis zum Jahr 2008 sinkt die Quote unter den Maastricht-Referenzwert von 60% des BIP. Bis 2010 wird ein weiteres Absinken der Schuldenquote auf einen Wert von 56,8% des BIP erwartet.

**Tabelle 3. Entwicklung der öffentlichen Schulden 2006 bis 2010**

in % des BIP	2006	2007	2008	2009	2010
1. Bruttoverschuldung Gesamtstaat	62,2	61,2	59,9	58,5	56,8
2. Veränderung der Schuldenquote	-1,2	-1,0	-1,3	-1,4	-1,6
<b>Beiträge zur Veränderung der Schuldenquote</b>					
3. Primärsaldo	1,9	2,0	2,1	2,6	3,1
4. Tatsächlich geleistete Zinszahlungen (inkl. FISIM)	3,0	2,9	2,8	2,8	2,7
5. Stock-flow Adjustment	0,5	0,7	0,3	0,6	1,0
p.m. implizite Verzinsung der Staatsschuld	4,8	4,7	4,7	4,7	4,7

Quelle: Statistik Austria, Bundesministerium für Finanzen

### 3.4. Konjunkturelle Entwicklung und Budgetsaldo 2006 bis 2010

Das mittelfristige Szenario des WIFO sieht vor, dass sich im Prognosezeitraum bei Verwendung der EU-Methode zur Berechnung des Potenzialwachstums die Outputlücke 2007 schließt und gegen 2010 öffnet. Zyklisch bereinigter und struktureller Budgetsaldo weichen insbesondere 2007 und 2008 wegen der Berücksichtigung des Ankaufs von militärischem Fluggerät stärker von einander ab. Von 2006 bis 2010 soll sich der strukturelle Saldo um etwa 0,9% des BIP verbessern, wobei 0,3 Prozentpunkte auf niedrigere Zinsausgaben zurückzuführen sind. Bereits ab 2008 sollte der Saldo „nahezu ausgeglichen“ sein. Diesen Konsolidierungserfolg vorausgesetzt, soll eine weitere spürbare Entlastung der Steuerzahler im Rahmen einer Steuerreform 2010 vorgenommen werden.

**Tabelle 4. Konjunkturelle Entwicklung und Budgetsalde 2006 bis 2010**

in % des BIP	ESVG95 Klassifikation	2006	2007	2008	2009	2010
1. Reales BIP (Veränderung gegenüber Vorjahr in %)		3,1	2,7	2,3	2,5	2,6
2. Budgetsaldo	EDP B.9	-1,1	-0,9	-0,7	-0,2	0,4
3. Tatsächlich geleistete Zinszahlungen (incl. FISIM)	EDPD.41	3,0	2,9	2,8	2,8	2,7
4. Potenzialwachstum laut EK-Berechnung (%)		2,0	2,2	2,3	2,3	2,2
<i>Komponenten:</i>						
- Arbeit		0,2	0,3	0,3	0,2	0,2
- Kapital		0,8	0,8	0,8	0,8	0,8
- Gesamtfaktorproduktivität		1,0	1,1	1,1	1,2	1,2
5. Outputlücke laut EK-Berechnung		-0,3	0,1	0,2	0,4	0,8
6. Zyklische Budgetkomponente		-0,2	0,1	0,1	0,2	0,4
7. Zyklisch bereinigter Budgetsaldo		-0,9	-1,0	-0,8	-0,4	0,0
7a. Struktureller Budgetsaldo		-0,9	-0,8	-0,4	-0,3	0,0
8. Struktureller Primärsaldo		2,0	2,1	2,4	2,4	2,7
8a. Zyklisch bereinigter Primärsaldo		2,0	1,9	2,0	2,4	2,7

Es ergeben sich Rundungsdifferenzen.

Quelle: Statistik Austria, WIFO, Bundesministerium für Finanzen

## 4. Sensitivitätsanalyse und Vergleich mit der letzten Fortschreibung

### 4.1. Abweichungen gegenüber der letzten Fortschreibung

Das gesamtstaatliche Defizit 2005 fiel mit 3,7 Mrd. € um rund 1 Mrd. € niedriger aus als in der Fortschreibung vom November 2005 erwartet. Im Jahr 2005 waren dafür deutlich höher als prognostizierte Körperschaftssteuereinnahmen verantwortlich. In dieser Steuerkategorie hatte die Senkung des nominellen Körperschaftssteuersatzes von 34% auf 25% nicht zu den erwarteten Ausfällen geführt, da die Gewinne insgesamt deutlich höher ausfielen. Im Jahr 2006 liegt das vorläufige Ergebnis noch wesentlich deutlicher über den Erwartungen der letzten Fortschreibung. Diese Verbesserung geht in erster Linie auf das wesentlich höhere Wirtschaftswachstum und die deutlich stärker wachsende Beschäftigung zurück.

Beim Vollzug des Bundesbudgets 2006 ergaben sich einige Mehrausgaben gegenüber dem BVA 2006, die Mehreinnahmen übertrafen diese jedoch ebenfalls. Das Defizit des Bundes fiel deutlich geringer aus als bei der letzten Fortschreibung des Stabilitätsprogramms erwartet und verbesserte sich von erwarteten 5,6 Mrd. € auf 3,8 Mrd. €. Für den Gesamtstaat fällt die Verbesserung etwas geringer aus, da die nachgeordneten Gebietskörperschaften zum Stand Ende Februar 2007 ihren Budgetsaldo nicht entsprechend verbessern konnten. Auch die Sozialversicherung wird im Jahr 2006 einen Abgang in der Größenordnung von rund 100 Mio. € verzeichnen. Das gesamtstaatliche Budgetdefizit nach Maastricht Abgrenzung verbessert sich daher nur um 0,9 Mrd. € auf rund 2,8 Mrd. €.

Die hohen Steuereinnahmen in den Jahren 2005 und 2006 haben dazu geführt, dass die Steuer- und Abgabenquote deutlich langsamer sinkt als ursprünglich geplant.

**Tabelle 5. Vergleich mit der Fortschreibung 2005**

	ESVG95 Klassifikation	2004	2005	2006	2007	2008
Reales BIP (Veränderung gegenüber Vorjahr in %)						
SP 2005		2,4	1,7	1,8	2,4	2,5
SP 2006		2,4	2,0	3,1	2,7	2,3
<i>Unterschied<sup>1)</sup></i>		0,0	0,3	1,3	0,3	-0,2
Budgetsaldo (in % des BIP) <span style="float: right;">EDP B.9</span>						
SP 2005		-1,0	-1,9	-1,7	-0,8	0,0
SP 2006		-1,2	-1,5	-1,1	-0,9	-0,7
<i>Unterschied<sup>1)</sup></i>		-0,2	0,4	0,6	-0,1	-0,7
Staatsschuldenquote (in % des BIP)						
SP 2005		63,6	63,4	63,1	61,6	59,5
SP 2006		63,8	63,4	62,2	61,2	59,9
<i>Unterschied<sup>2)</sup></i>		0,2	0,0	-0,9	-0,4	0,4

1) ein positives Vorzeichen bedeutet eine Verbesserung des Wertes

2) ein positives Vorzeichen bedeutet eine Verschlechterung des Wertes

Quelle: Statistik Austria, WIFO, Bundesministerium für Finanzen

Tabelle 5 zeigt, dass gegenüber der letzten Fortschreibung in den Jahren 2005 und 2006 höhere Wachstumsraten und entsprechend niedrigere Budgetdefizite erzielt werden konnten. Kumuliert ergibt sich daher für die Jahre 2005 und 2006 ein Anstieg des realen BIP-Wachstums um 1,6 Prozentpunkte sowie eine Verbesserung des Budgetsaldos um 1 Prozentpunkt.

## 4.2. Sensitivität des Basisszenarios bezüglich exogener Schocks

Die österreichische Volkswirtschaft hat sich in der Phase stark anziehender Rohstoffpreise in den Jahren 2005 und 2006 mit historischen Höchstständen bei den Notierungen für Erdöl als sehr robust gegenüber solchen Preisschocks erwiesen. Dieser dritte Erdölschock hatte jedoch nicht annähernd jene Auswirkungen auf Wachstum und Beschäftigung bewirkt, wie sie von den ersten beiden Erdölschocks bekannt waren. Insbesondere sind die so genannten Zweitrundeneffekte ausgeblieben, das heißt, Preissteigerungen auf Produkt- und Arbeitsmärkten, die im Endeffekt die Wirkung haben, Rohstoffverteuerungen an den Endverbraucher weiter zu geben und damit wie eine Steuer auf Konsum wirken. Dieses Ausbleiben von Zweitrundeneffekten wurde als Indiz dafür gewertet, dass die Produkt- und Arbeitsmarktreformen der letzten Jahre zu einer deutlichen Flexibilisierung und Anpassungsfähigkeit der Märkte geführt haben. Diese verbesserte Schockresistenz und das Ausbleiben eines Durchschlagens der Verteuerung von Rohstoffen auf das generelle Preisniveau hat es der Europäischen Zentralbank gestattet, die Zinsen auf historisch gesehen sehr niedrigem Niveau zu halten. Österreich wiederum zählt innerhalb einer insgesamt sehr preisstabilen Eurozone zu jenen Volkswirtschaften, die sich als besonders robust erwiesen haben. Den Sozialpartnern kommt bei der Wahrung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der immer stärker exportorientierten Wirtschaft Österreichs eine besondere Rolle zu und kann daher auch Vorbildwirkung für andere Länder haben, die noch kein zufrieden stellendes Niveau an Preisstabilität erreicht haben.

Die Risiken für die im Kapitel 2.2 dargestellten mittelfristigen Entwicklungen sind ausgewogen. Die Binnennachfrage sollte stabil bleiben, die Gewinne lassen Spielraum für Investitionen nach oben, und auch die Sparquote der privaten Haushalte enthält Spielraum für mehr privaten Konsum. Unmittelbare Nachfrageeffekte einer möglichen Korrektur auf den Aktienmärkten sollten ebenfalls moderat sein. Negative Risiken können daher primär von externen Schocks kommen. Der Welthandel, der Euro/\$-Wechselkurs und die Ölpreise sind die wichtigsten ökonomischen Risikofaktoren. Österreichs Wirtschaft ist traditionell relativ immun gegenüber Zinsschocks und weist eine hohe Reallohnflexibilität auf, was die Wettbewerbsfähigkeit begünstigt.

Vor diesem Hintergrund wurden die Auswirkungen von verschiedenen exogenen Wachstums- und Preisschocks auf das makroökonomische Szenario und den Budgetsaldo analysiert.

Im ersten Szenario wurde der Fall einer (weiteren) deutlichen Verteuerung der importierten Rohstoffe untersucht. Ähnlich wie es in den letzten Jahren beobachtet, wird dabei von einer im historischen Vergleich moderaten Erhöhung der Importpreise im Jahr 2008 um 2 Prozentpunkte (Veränderung des Importpreises in % von 1,0 auf 3,0) ausgegangen. Im Zuge der Verteuerung der Importe steigt die Veränderung des allgemeinen Preisniveaus im Inland (gemessen am Konsumentenpreisindex) im Jahr 2008 auf knapp über 2%, um dann allerdings ab dem Jahr 2009 wieder auf Raten von deutlich unter 2% zurück zu gehen. Die Geldpolitik reagiert im Jahr 2008 auf die höhere Inflation mit höheren Zinsen, die zu einer Anhebung der Rendite langfristiger Staatsanleihen um 100 Basispunkte führt. Die Folge sind deutlich höhere Ausgaben für die Zinsen, die für die bestehende Staatsschuld bezahlt werden müssen. Ein ausgeglichener Staatshaushalt wird daher erst im letzten Jahr des Programmhorizonts erreicht, und auch die Schuldenquote sinkt erst im letzten Jahr unter den Referenzwert des Vertrages von Maastricht.

Das zweite Szenario beschreibt die Auswirkungen auf Budgetsaldo und Schuldenquote für den Fall, dass sich positive Wachstumsrisiken im Export realisieren. Dabei wird angenommen, dass die österreichische Exportwirtschaft ihre Marktanteile stärker ausbauen kann. Konkret wird dabei von einem gegenüber dem Basisszenario um 0,5 Prozentpunkte pro Jahr höheren Marktwachstum ausgegangen. In der Simulation wurde dabei berücksichtigt, dass solche zusätzlichen Exporte nur langsam auf die Steuereinnahmen durchschlagen. Entsprechend ergibt sich in den Jahren 2008 bis 2010 nur eine relativ geringe Verbesserung des Budgetsaldos, obwohl das nominelle BIP 2010 um beinahe 1% höher liegt als im Basisszenario.

Im dritten Szenario wurden die potenziellen Auswirkungen eines Verlustes an Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft auf die öffentlichen Finanzen illustriert. Die Wachstumsverluste sind symmetrisch zum Szenario hohen Exportwachstums. Der Budgetsaldo und die Schuldenquote reagieren jedoch im negativen Szenario deutlich stärker. Die Entwicklung der Schuldenquote liegt ungefähr auf halber Distanz zwischen dem Basisszenario und dem Szenario der deutlichen Verteuerung der Importe.

**Tabelle 6. Wirtschaftswachstum und öffentliche Haushalte in 3 Szenarien**

	2007	2008	2009	2010
<b>Baseline Szenario</b>				
BIP, nominell, in Mrd. €	267,7	278,4	289,3	300,9
BIP, real, Veränderung in %	2,7	2,3	2,5	2,6
Budgetsaldo in % des BIP	-0,9	-0,7	-0,2	0,4
Schuldenquote in % des BIP	61,2	59,9	58,5	56,8
<b>Szenario 1 - Ölpreisschock</b>				
BIP, nominell, in Mrd. €	267,7	275,7	286,2	298,7
BIP, real, Veränderung in %	2,7	1,2	2,1	2,9
Wachstumsdifferenz real		-1,1	-0,4	0,3
Budgetsaldo in % des BIP	-0,9	-1,2	-0,9	-0,2
Schuldenquote in % des BIP	61,2	61,0	60,3	58,9
<b>Szenario 2 - Hohes Exportwachstum</b>				
BIP, nominell, in Mrd. €	267,7	279,0	290,9	303,5
BIP, real, Veränderung in %	2,7	2,5	2,8	2,9
Wachstumsdifferenz real		0,2	0,3	0,3
Budgetsaldo in % des BIP	-0,9	-0,7	-0,1	0,6
Schuldenquote in % des BIP	61,2	59,7	58,0	56,0
<b>Szenario 3 - Niedriges Exportwachstum</b>				
BIP, nominell, in Mrd. €	267,7	277,8	287,7	298,3
BIP, real, Veränderung in %	2,7	2,1	2,2	2,3
Wachstumsdifferenz real		-0,2	-0,3	-0,3
Budgetsaldo in % des BIP	-0,9	-0,8	-0,5	0,0
Schuldenquote in % des BIP	61,2	60,1	59,2	58,1

Es ergeben sich Rundungsdifferenzen.

Quelle: Statistik Austria, WIFO, Bundesministerium für Finanzen

## 5. Qualität der öffentlichen Finanzen

### 5.1. Gesundheitsreform 2005 bis 2010

Folgende Maßnahmen wurden bereits in den Jahre 2005 und 2006 im Rahmen der Gesundheitsreform 2005 umgesetzt:

- Einrichtung einer Bundesgesundheitsagentur und von 9 Landesgesundheitsfonds als Instrumente einer gemeinsamen Planung und Steuerung sowie abgestimmter Finanzierung des gesamten Gesundheitswesens. In den genannten Institutionen sind die wesentlichen Akteure und Finanziers des österreichischen Gesundheitswesens vertreten.
- Festlegung des Österreichischen Strukturplanes Gesundheit (ÖSG) in Form einer Leistungsangebotsplanung als Rahmenplanung.

Folgende Maßnahmen im Rahmen der Gesundheitsreform 2005 sind in den Jahre 2007 und 2008 geplant:

- Durchführung gemeinsamer Modellversuche zur integrierten Planung, Umsetzung und Finanzierung der fachärztlichen Versorgung im Bereich der Spitalsambulanzen und des niedergelassenen Bereichs.
- Weiterentwicklung des ÖSG und Ergänzung um die Planung weiterer Sektoren des Gesundheitswesens.

Zusätzlich zu den im Rahmen der Gesundheitsreform 2005 vereinbarten Einsparungen in Höhe von 300 Mio. € bis zum Jahr 2008 wurde im Regierungsübereinkommen vom 11. Jänner 2007 eine weitere Einsparung in der Höhe von 100 Mio. € bis 2010 vereinbart. Dies vorausgesetzt werden auch die Sozialversicherungsbeiträge um 0,15 Prozentpunkte angehoben.

### 5.2. Better Regulation

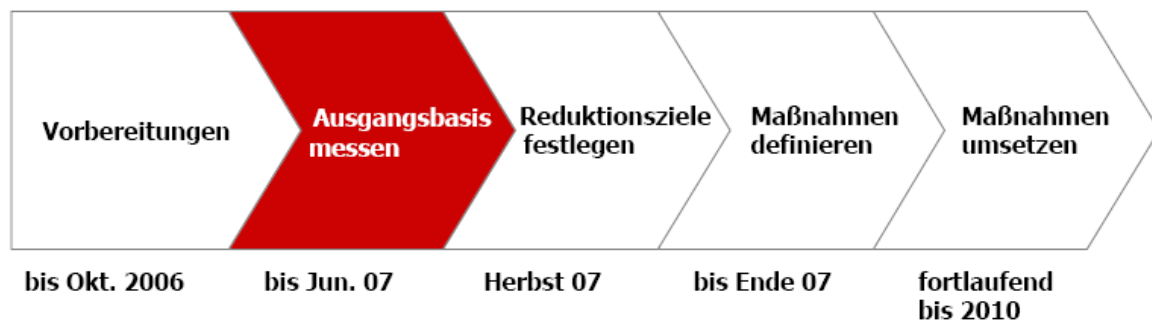
Die österreichische Bundesregierung hat sich ein ambitioniertes Verwaltungsreform-Programm zum Ziel gesetzt. Ein wesentliches Element ist dabei das Ziel Verwaltungskosten für Unternehmen aus bundesrechtlichen Informationsverpflichtungen um 25% bis 2010 zu senken. Ziel der Initiative ist die Reduktion der Kosten, die Unternehmen durch Informationsverpflichtungen aufgrund von Bundesnormen entstehen, um 25% bis 2010, wobei das europaweit genutzte Standardkostenmodell auch in Österreich zur Anwendung gelangt. Analog zu den niederländischen Erfahrungen kann in Österreich mit Bürokratiekosten in der Höhe von 8 Mrd. € gerechnet werden – bei einer Reduktion von 25% würde man mit einer Einsparung von rd. 2 Mrd. € (0,8 % des BIP) an Kosten für die Unternehmen rechnen können. Darüber hinaus sollen die Reformen für eine Reduktion des Verwaltungsaufwandes beim Bund genutzt werden.

Die Initiative entlastet Unternehmen substantiell, schafft Potenzial für Investitionen, erhöht damit Wachstum und Beschäftigung und stärkt die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Österreich. Für die öffentliche Hand ergeben sich wichtige Ansatzpunkte für Maßnahmen zur Verwaltungsreform.

Im Rahmen der Initiative „Verwaltungskosten senken für Unternehmen“ werden bundes- und gemeinschaftsrechtliche Informationsverpflichtungen mit dem internationalen Standardkostenmodell gemessen, analysiert und gesenkt.

An der Initiative sind alle Bundesministerien beteiligt. Die Gesamtkoordination liegt beim Bundesministerium für Finanzen.

### Zeitplan



### Derzeitige Phase: Ausgangsbasis messen

- Seit Anfang November 2006 führen BeraterInnen gemeinsam mit den Bundesministerien die Messung der Ausgangsbasis durch.
- Alle mit Stichtag 31.12.2006 geltenden bundesrechtlichen Rechtsvorschriften, die Informationsverpflichtungen für Unternehmen enthalten werden erhoben, analysiert und kostenmäßig bewertet.
- Über 500 Rechtsvorschriften wurden identifiziert, die zwischen 5500 und 6000 Informationsverpflichtungen enthalten.
- Die entstehenden Verwaltungskosten für Unternehmen werden im Zeitraum von März bis Mai 2007 anhand von persönlichen Interviews in Unternehmen und Expertenpanels gemessen.
- Die Ergebnisse der Messung werden Ende Juni 2007 vorliegen.

### Nächste Schritte

- Im Herbst 2007 wird auf Grundlage der Ergebnisse der Messung ein Beschluss für ressortspezifische Reduktionsziele gefasst, der sicherstellt, dass in Summe 25% Reduktion an Verwaltungskosten für Unternehmen bis 2010 erreicht werden kann.
- Bis Ende 2007 bereiten die Bundesministerien Maßnahmenpläne zur Erreichung der ressortspezifischen Reduktionsziele vor und leiten die Umsetzung der entsprechenden Maßnahmen ein.
- Fortlaufend bis 2010: Maßnahmen umsetzen: Bei der Umsetzung der Maßnahmen müssen auch die Verwaltungskosten neuer Informationsverpflichtungen berücksichtigt werden. Aufgrund der fixen Reduktionsziele pro Bundesministerium gilt der

Grundsatz, dass neue Belastungen nur gegen die zusätzliche Reduktion bestehender Kosten erfolgen können.

- Im Rahmen der finanziellen Auswirkungen rechtssetzender Maßnahmen sollen deshalb in Hinkunft die Verwaltungskosten für Unternehmen aus Informationsverpflichtungen mit dem Standardkostenmodell bewertet werden.

### Standardkostenmodell-Methode als Instrument der Verwaltungsreform

Das bereits international erprobte Standardkostenmodell ist ein Modell zur Messung von Verwaltungskosten, die Unternehmen durch die Erfüllung von gesetzlichen Informationsverpflichtungen entstehen. In den nächsten Monaten werden weitere Anwendungsfelder für das Standardkostenmodell geprüft.

## 5.3. Entwicklung der Struktur der öffentlichen Ausgaben

Die Tabelle 7 zeigt die Verschiebung der budgetären Schwerpunkte seit 1995. Die größte Reduktion um 2,4 Prozentpunkte der Gesamtausgaben erfolgte bei den Ausgaben für die allgemeine öffentliche Verwaltung, welche u.a. durch Verwaltungsreform, den Einsatz neuer IT-Instrumente, den Abbau von Doppelgleisigkeiten, den Abbau von Posten und die Einführung leistungsorientierter Lohnschemata erzielt wurde. Die Sozialausgaben weisen den größten Zuwachs auf, wobei den dämpfenden Effekten der Pensionsreformen 1997, 2001, 2003 und 2004, Mehrausgaben bei insbesondere der aktiven Arbeitsmarktpolitik, bei der Armutsbekämpfung und für Familien gegenüber standen. Bildung und wirtschaftliche Angelegenheiten (Steigerung von F&E) bildeten aktive Schwerpunkte der Regierungstätigkeit.

**Tabelle 7. Funktionelle Gliederung der öffentlichen Ausgaben**

in % der Gesamtausgaben	COFOG Klassifikation	1995	2000	2005
1. Allgemeine öffentliche Verwaltung	1	16,2	16,2	13,8
2. Verteidigung	2	1,8	1,8	1,8
3. Öffentliche Ordnung und Sicherheit	3	2,7	2,8	2,9
4. Wirtschaftliche Angelegenheiten	4	8,9	7,6	10,1
5. Umweltschutz	5	2,5	0,8	0,7
6. Wohnungswesen	6	1,9	1,7	1,1
7. Gesundheit	7	13,7	14,9	13,9
8. Freizeit, Sport, Kultur, Religion	8	2,1	2,0	2,0
9. Bildung	9	11,2	11,5	12,0
10. Soziales	10	39,1	40,7	41,7
11. Gesamtausgaben	TE	100,0	100,0	100,0

Es ergeben sich Rundungsdifferenzen.

Quelle: Statistik Austria, Bundesministerium für Finanzen

## 5.4. Privatisierung öffentlicher Beteiligungen

Das für die letzte Legislaturperiode vorgesehene Privatisierungsprogramm der Bundesregierung ist durch die ÖIAG (Österreichische Industrieholding AG, die Beteiligungs- und Privatisierungsagentur der Republik Österreich) zur Gänze abgearbeitet worden. Die im Regierungsauftrag definierten Vorgaben sind erfüllt:



- Die Schulden der ehemaligen Verstaatlichten Industrie wurden abgebaut.
- Der Wert der ÖIAG-Unternehmensbeteiligungen wurde deutlich gesteigert.
- Das Nettovermögen der ÖIAG wurde vervielfacht.
- Der Wirtschaftsstandort Österreich wurde nachhaltig gestärkt.

Die Privatisierungserlöse beliefen sich im Jahr 2005 auf 0,4 Mrd. € und im Jahr 2006 auf rund 1,0 Mrd. €. Durch diese Erlöse konnte der Schuldenabbau abgeschlossen werden. Per 31.12.2006 besteht keine Nettoverschuldung der ÖIAG nach einem Schuldenstand von etwa 6,3 Mrd. € im Jahr 1999. Kumuliert ergeben die Privatisierungserlöse seit dem Jahr 2000 6,4 Mrd. €. Gleichzeitig konnte der Portfoliowert auf 8,2 Mrd. € gesteigert werden. Das Portfolio der ÖIAG besteht heute aus Beteiligungen an den Unternehmen Austrian Airlines AG, OMV AG, Telekom Austria AG, sowie an der im Jahr 2006 mit 49% an die Börse gebrachten Österreichische Post AG. Mit 100% Anteil ist die ÖIAG an der mit bergbaulichen Nachsorgeaufgaben befassten GKB Bergbau GmbH beteiligt.

## 6. Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen

Die Österreichische Bundesregierung bekennt sich zu einer nachhaltigen Haushaltspolitik im Einklang mit der 3-Säulen-Strategie auf EU-Ebene. Dies stellt auch eine der sieben Prioritäten im Rahmen des Nationalen Reformprogramms der Lissabon-Strategie dar. Die langfristige Strategie Österreichs zur Sicherung nachhaltiger öffentlicher Finanzen umfasst

- die Rückführung der Staatsschuldenquote auf deutlich unter 60% des BIP bis zum Jahr 2010 und einen annähernd ausgeglichenen Haushalt bis zum Jahr 2009
- die nachhaltige finanzielle Absicherung der Pensions-, Gesundheits- und Pflegesysteme bei angemessenen Leistungsniveaus und Fairness zwischen den Generationen
- die deutliche Erhöhung der Beschäftigungsquoten und die Steigerung des Produktivitätsfortschritts durch zukunftsorientierte Politiken für eine höhere Wissensbasierung und Innovationsfähigkeit der Wirtschaft.

Die Schuldenquote ist in den letzten Jahren trotz eines schwachen Wirtschaftswachstums kontinuierlich von 66,0% des BIP im Jahr 2001 auf 62,2% des BIP im Jahr 2006 gefallen, da in wesentlichen Bereichen der öffentlichen Haushalte die Ausgabendynamiken eingebremst werden konnten. Dieser Kurs der nachhaltigen Erhöhung der Spielräume in den öffentlichen Haushalten wird konsequent fortgesetzt. Im Jahr 2008 wird die Schuldenquote aufgrund des sinkenden Defizits den Maastrichter-Referenzwert von 60% des BIP unterschreiten und bis 2010 weiter auf unter 57% des BIP fallen. Diese zusätzlichen Freiheiten erlauben auch eine stärkere Betonung der zukunftsorientierten Aufgaben in den öffentlichen Haushalten und weitere Steuer- und Abgabentlastungen ab dem Jahr 2010.

In den kommenden Jahrzehnten durchläuft die Altersstruktur der österreichischen Bevölkerung aufgrund von niedrigen Geburtenraten, einem stetigen Anstieg der Lebenserwartung und der Pensionierung der so genannten Baby-Boom Generation massive Veränderungen. Der Anteil der 65+jährigen an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter wird sich in etwa auf über 50% verdoppeln. Eine alternde Bevölkerung wird Österreich daher vor wirtschaftliche, budgetäre und soziale Herausforderungen stellen. Die Rate des Wachstumspotentials sinkt langfristig gemäß den Projektionen auf EU-Ebene um etwa 1%-Punkt bis 2050 im Vergleich zu etwa 2¼ % (real) heute – trotz eines deutlichen projizierten Anstiegs der Beschäftigungsquote von 68,6% auf 76%.

Aufgrund der niedrigen Haushaltsdefizite und der Pensions- und Gesundheitsreformen in den letzten Jahren ist die langfristige finanzielle Nachhaltigkeit dennoch gesichert. Nach den derzeit aktuellen Langfristprojektionen auf EU-Ebene steigen die gesamten öffentlichen Pensionsausgaben von 14,1% des BIP im Jahr 2005 auf den Höchststand von 15,0% des BIP im Jahr 2032 und gehen dann auf 13,1% des BIP im Jahr 2050 zurück. Deutlich dämpfend auf die Ausgabendynamik wirken die parametrischen Pensionsreformen der letzten Jahre, die dennoch durch die Formel „65-45-80“<sup>1</sup> zusammen mit einer deutlichen Verbesserung der Mindestpensionsabsicherung und in Verbindung mit dem Ausbau der zweiten und dritten Säule der Altersvorsorge auch künftig ein hohes Einkommensniveau sichern. Dadurch steigen

---

<sup>1</sup> Nach 45 Versicherungs-/Beitragsjahren erreicht eine Person im Alter von 65 Jahren eine Pension von 80% des Lebensdurchschnittseinkommens.

die altersabhängigen öffentlichen Ausgaben auch insgesamt bis 2050 kaum an, die Entwicklung der Schuldenquote ist damit auch langfristig tragfähig. Österreich gehört somit zu jenen EU-Mitgliedsstaaten mit einem relativ niedrigen Nachhaltigkeitsrisiko, das auch von der EK bereits bestätigt wurde.

**Tabelle 8. Langfristige Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen <sup>1)</sup>**

in % des BIP	2005	2010	2020	2030	2050
Altersbezogene Ausgaben	25,9	24,6	25,1	27,1	26,1
Pensionen gesamt <sup>2)</sup>	14,1	13,4	13,7	15,0	13,1
davon: gesetzliche Sozialversicherung	10,4	10,1	10,7	12,2	11,9
Gesundheit <sup>3)</sup>	5,3	5,4	5,9	6,3	6,8
Alterspflege <sup>3)</sup>	0,6	0,6	0,8	1,0	1,5
Andere altersbezogene Ausgaben <sup>4)</sup>	5,9	5,2	4,7	4,8	4,7
Einnahmen aus gesetzl. Beiträgen zur Pensionsversicherung <sup>5)</sup>	8,9	9,0	9,0	8,9	8,7
<b>Annahmen</b>					
Reales BIP (Potentialwachstum in %)	2,0	2,2	1,6	1,0	1,2
Arbeitsproduktivität (Potentialwachstum in %)	1,8	1,9	1,8	1,7	1,7
Beschäftigungsquote Männer (im Alter 15-64)	75,4	76,8	80,3	79,9	80,3
Beschäftigungsquote Frauen (im Alter 15-64)	62,0	65,4	70,5	70,7	71,6
Beschäftigungsquote gesamt (im Alter 15-64)	68,6	71,2	75,4	75,3	76,0
Arbeitslosenquote <sup>6)</sup>	5,2	3,9	3,9	3,9	3,9
Personen 65+ Jahre in % der Erwerbsbevölkerung	23,6	26,3	30,3	40,8	53,2

Quelle: EK, WPA, EUROSTAT, BMF, BMSG

1) Daten auf Basis der Projektionen des WPA und der EK.

2) exkl. Ausgleichszulagen; vgl. Pensionsleistungen auf Basis der Projektionen des WPA für 2005 in Höhe von 13,4% des BIP; hier sind die Ausgaben der Pensionsversicherung für Verwaltung, Rehabilitation, etc. in Höhe von 0,9% nicht berücksichtigt.

3) gemäß WPA-Projektionen.

4) inkl. Arbeitslosenbeihilfen und Bildungsausgaben, gemäß WPA-Projektionen.

5) Sozialversicherung und Beamte, gemäß WPA-Projektionen.

## **7. Institutionelle Faktoren und Stellung des Stabilitätsprogramms im Budgetprozess**

Durch die Wahl zum Nationalrat am 1. Oktober 2006 und die Regierungsverhandlungen im Anschluss an diese Wahl hat sich der haushaltspolitische Kalender um einige Monate verschoben. Wie bereits in den Jahren 2000 und 2003 begann das Jahr 2007 mit einem Budgetprovisorium, das die Struktur des Budgets 2006 fortschreibt. Erst die neue Bundesregierung kann in diese Struktur gestaltend eingreifen und neue budgetpolitische Akzente setzen. Ausgangspunkt für das Regierungsprogramm war der „Kassasturz“, bei welchem eine „no policy change“ Prognose über die öffentlichen Ausgaben und Einnahmen für die Dauer der Legislaturperiode vorgenommen wurde. Auf Basis dieser Prognose wurden die Schwerpunkte im Regierungsprogramm gesetzt (siehe Kapitel 3).

Die Bundesregierung wurde am 11. Jänner 2007 angelobt. Ende Jänner wurden vom Finanzminister die Vorschläge für die Globalbudgets der Ressorts übermittelt. Im Anschluss folgten Verhandlungen auf Beamtenebene, die mit einer politischen Verhandlungsrunde auf Ministerebene Ende Februar abgeschlossen wurden. Der Finanzminister überwacht in diesem „Top Down“ Ansatz mittels der Globalbudgets der Ressorts die Einhaltung der im Regierungsübereinkommen festgeschriebenen budgetpolitischen Ziele, während die einzelnen Ressorts die detaillierte Ausgestaltung der Budgets vornehmen und an das Finanzressort zurückmelden.

Am 29. März 2007 begann mit der Budgetrede des Bundesministers für Finanzen die parlamentarische Debatte über die Bundesfinanzgesetze 2007 und 2008, i.e. die Budgets für die Jahre 2007 und 2008. Wie schon in den vergangenen Jahren werden die Budgets für die Jahre 2007 und 2008 gemeinsam verhandelt. Dies erhöht die Planbarkeit und die Haushaltsdisziplin, besonders in einer Situation ambitionierter Einsparungsziele. Die Beschlussfassung ist für den 3. Mai 2007 vorgesehen.

### **7.1. Mittelfristige Haushaltsplanung**

Im Rahmen der mittelfristigen Haushaltsplanung existieren in Österreich derzeit 3 Instrumente, die sehr stark miteinander verknüpft sind. Dabei handelt es sich um das Budgetprogramm der Bundesregierung, das hier vorliegende Österreichische Stabilitätsprogramm und den Österreichische Stabilitätspakt.

Bis spätestens 11. Juli 2007 (innerhalb der ersten 6 Monate nach ihrer Angelobung) muss die Bundesregierung dem Nationalrat ein Budgetprogramm vorlegen, das die haushaltspolitische Strategie des Bundes für die gesamte Dauer der Legislaturperiode bis 2010 darstellt.

Der aktuelle Österreichische Stabilitätspakt 2005 wurde für die Jahre 2005 bis 2008 abgeschlossen und wurde mittlerweile von allen 9 Bundesländern und dem Bund ratifiziert. Er steht in engem Zusammenhang mit dem Finanzausgleichsgesetz (FAG) für diesen Zeitraum. Das FAG muss für den Zeitraum ab 2009 neu verhandelt werden. Anzumerken ist, dass in diesem Stabilitätsprogramm für die Länder und Gemeinden eine Prognose auf Basis von „wahrscheinlichen“ Ergebnissen vorgenommen wurde. Würden die Länder und Gemeinden den aktuellen Pakt vollständig einhalten, ergäbe sich eine Budgetsaldenverbesserung.

Im Bundesministerium für Finanzen wird an einer weit reichenden Reform des Haushaltsrechts gearbeitet. Ein wesentliches Element dabei ist die Einführung mittelfristig verbindlicher Ausgabenobergrenzen. Damit soll die mehrjährige Budgetplanung weiter verbessert und die Budgetdisziplin weiter gestärkt werden.

Im Rahmen des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts übermittelt die Bundesregierung das Österreichische Stabilitätsprogramm gleichzeitig an den Rat der Europäischen Union und an die Europäischen Kommission sowie an das Österreichische Parlament, die Österreichischen Finanzausgleichs- und Sozialpartner. Dieses enthält eine rollende Planung und Prognose, wobei innerhalb der jeweiligen Legislaturperiode die budgetwirksamen Maßnahmen natürlich verbindlicher sind als solche außerhalb. Für das aktuelle Österreichische Stabilitätsprogramm ergibt sich aus diesem Zusammenspiel der verschiedenen Prozesse der Haushaltsplanung folgende Stellung. Für die Jahre 2007 und 2008 setzt das Programm auf den Entwürfen für die Budgetvoranschläge der Jahre 2007 und 2008 auf. Die Zielwerte für den gesamtstaatlichen Budgetsaldo in den Jahren 2009 und 2010 entsprechen jenen aus dem Regierungsübereinkommen.